



Band 10. Ein Deutschland in Europa 1989 – 2009
Das Problem der Rente (13. Februar 1996)

Der Autor, Richter an einem Landessozialgericht, erinnert an den Generationenvertrag, der in den fünfziger Jahren geschmiedet wurde und kritisiert dessen politische Umsetzung. Vierzig Jahre später, so kritisiert er, sei die Privilegierung der Alten nicht länger aufrecht zu erhalten; ein Generationenkrieg stehe bevor, doch die Politiker wollen die Probleme nicht offen angehen.

Junge Menschen ausbilden, nicht alte zum Sonnen nach Mallorca schicken. In 40 Jahren wurde die Idee der Generationensolidarität ins Gegenteil verkehrt: Das Rentensystem begünstigt die Reichen und die Alten.

Ein Sozialstaat, der mehr Erwartungen weckt, als er erfüllen kann, provoziert massenhafte Enttäuschung, Erbitterung, radikalen Protest – und delegitimiert im Ergebnis das ganze politische System, so der Münchner Sozialhistoriker Hans-Günther Hockerts zum Scheitern des Weimarer Sozialstaats.

Und heute? Noch im April 1995 versprachen die Politiker Rentensicherheit bis ins Jahr 2040. Inzwischen bezichtigen sich Regierung und Opposition wechselseitig des Rentendiebstahls und der -hehlerei. Die Rentenpolitik steht vor dem Offenbarungseid. Es ist nicht lange her, da schrieb BfA-Präsident Rische in seiner Hauszeitschrift, die bloße Diskussion über die Renten sei gefährlicher für das System als die katastrophale demographische Entwicklung selbst. Und was macht man in Bonn, während die wirtschaftlichen und demographischen Fundamente des Rentenhauses wegbrechen? Man beschäftigt sich mit Fragen des Möbelerückens und der Dekoration! Frührente, versicherungsfremde Leistungen, Invaliditätsvoraussetzungen – ein bisschen Verschiebebahnhof hier, ein bisschen Kosmetik dort. Bloß keine Grundsatzdebatte, bloß nicht an die tieferen Ursachen herangehen: Dass nämlich der großartige Gedanke der Generationensolidarität von der Politik von Anfang an gründlich verdorben wurde und dass wir nun ein auf Selbstzerstörung programmiertes System haben. Dass dieses den wachsenden Belastungen durch die Globalisierung, die Veränderung der Altersstruktur, die Staatsverschuldung und die sozialen Folgekosten der Umweltzerstörung standhält, erscheint ausgeschlossen.

Vor fast vierzig Jahren fing alles an. Am 1. Januar 1957 trat die Dynamische Rente in Kraft. Buchstäblich über Nacht stiegen die Renten damals von Taschengeldleistungen in Höhe von rund einem Viertel der durchschnittlichen Erwerbseinkommen auf die lohnersetzen,

lebensstandardsichernde Höhe von nahezu 70 Prozent an. Beiträge für solche Renten hatte keiner der glücklichen Rentner damals gezahlt, höchstens Pfennigbeträge für die seit Bismarck überkommenen Minirenten. Ihren plötzlichen Wohlstand verdankten die Rentner dem Mathematiker und Volkswirt Wilfrid Schreiber und seiner epochemachenden, nur 46 Seiten starken Schrift Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft (1955): Die bürgerliche Kleinfamilie sei nicht länger in der Lage, ihren Mitgliedern noch Sicherheit zu bieten, deshalb müsse das Kollektiv einer familiären Gesellschaft diese Aufgabe übernehmen; dazu seien die familiären Leistungsströme auf der Ebene der Sozialleistungssysteme nachzubilden. Wie jeder Mensch in der Familie im Laufe seines Lebens als Kind und im Alter zwei Leistungen empfangen und als Erwachsener auch in beide Richtungen geben, müssten auch die Sozialsysteme symmetrisch ausgestaltet werden: Durch zwei Solidarverträge zwischen je zwei Generationen. Mache man die Alterssicherung zu einer Aufgabe der Gesellschaft, müsse entsprechendes für den Unterhalt der Kindergeneration gelten; spiegelbildlich müsse deshalb dem neu zu schaffenden Altersrentensystem ein Jugendrentensystem gegenübergestellt werden. Die Verteilung des Sozialproduktes zwischen den drei beteiligten Generationen sei dann ein reines Rechenexempel und erlaube ohne weiteres die Beteiligung der Rentner wie der Kinder an den dynamischen Produktionssteigerungen. Diese Transparenz dürfe durch Mischfinanzierungen wie beispielsweise den Bundeszuschuss keinesfalls vernebelt werden; damit gaukle der Staat den Bürgern in der Gloriole des Wohltäters nur staatliche Omnipotenz vor. Das ganze sei eine Einrichtung der Volkssolidarität und habe nichts mit einer Versicherung zu tun, die bei den Leuten nur völlig falsche Assoziationen auslöse.

Kanzler Adenauer begriff sofort, welche Chance die eine Hälfte Altersrente des Schreiberplans zur Bindung der Wählerschaft der Alten an die Union bot; auch die Notwendigkeit der Umlagefinanzierung leuchtete ihm ein. Für die Jugendrente konnte er sich jedoch gar nicht erwärmen; Kinder hätten die Leute immer und sie seien im Übrigen keine Wähler. Gegen den erbitterten Widerstand von Schreiber setzte er deshalb nur die Altersrentenhälfte inklusive Mischfinanzierung und Versicherungsterminologie um – ein Paradebeispiel für Gefälligkeitsdemokratie. Vor den katastrophalen Folgen der Verstümmelung des Schreiberschen Generationenvertrags warnte bereits zu Beginn des Gesetzgebungsverfahrens, im April 1956, Schreibers kongenialer Mitstreiter Oswald von Nell-Breuning, der Begründer der Katholischen Soziallehre: Dieses System könne niemals Stabilität auf Dauer erreichen, es hänge in der Luft. Seine Warnungen verhallten jedoch ungehört.

Wie recht die beiden Erfinder des Generationenvertrags hatten, wissen wir heute: Als bald verstand es die Politik, das finanzpsychologisch vorteilhafte Instrument der Beitragsfinanzierung, mit dem sich Abgabewiderstände vorzüglich unterlaufen lassen, virtuos zur Beglückung einer rasch wachsenden Seniorenschar mit immer höherer Lebenserwartung zu handhaben; in Wahljahren wurden Renten auch schon zweimal erhöht. Heute könnte die Verteilung des verfügbaren Volkseinkommens zugunsten der Altengeneration und zu Lasten der beiden jüngeren Generationen gar nicht asymmetrischer mehr sein, als sie ist.

Das beweist die Armutsexplosion bei Familien schlagend: Stand 1965 nur jedes 75. Kind unter sieben Jahren zeitweilig oder auf Dauer im Sozialhilfefzug, war es 1990 jedes zwölfte und ist es

heute jedes siebte Kind. Eine vierköpfige Familie mit Durchschnittseinkommen lebt heute bereits auf Sozialhilfeniveau. Zu der einfachen Einsicht, dass Sparen bei der Nachwuchsgeneration Raubbau an der Zukunft bedeutet und dass es sinnvoller wäre, junge Menschen zur Ausbildung zu schicken als alte zum Sonnen nach Mallorca, ist die Politik offensichtlich nicht mehr in der Lage. Extremere könnte auch die demographische Schieflage kaum sein; unausweichlich wird das Durchschnittsalter in Deutschland schon im Jahr 2025 bei etwa 47 Jahren liegen – gegenüber 40 heute. Und mit der wachsenden Altenzahl gerät die Politik immer unentrinnbarer in die gerontokratische Falle – wie auch die Pflegeversicherung beweist.

Im Laufe von vierzig Jahren wurde die epochale Idee der Generationensolidarität so in das Gegenteil verwandelt. Heute stehen wir vor dem Generationenkrieg: Graue Panther gegen Beitragszahler. Ausgerechnet das größte Sozialleistungssystem zerstört durch seine Asymmetrie der Lasten- und Leistungsverteilung und den steigenden Anteil der Alten den gesellschaftlichen Zusammenhalt restlos: Sein Ergebnis ist eine Umverteilung von jung zu alt, von Frauen zu Männern, von Familien zu Kinderlosen. Inzwischen gehen sogar die Kronzeugen des Systems reumütig auf Distanz: Vor wenigen Wochen stellte Dieter Schewe, 1956 im BMA selbst an leitender Stelle für die Grosse Rentenreform verantwortlich, fest, dass das Rentensystem, entgegen den ursprünglichen Absichten, tatsächlich auch noch die Kluft zwischen Arm zu Reich, keineswegs verringere, sondern sie extrem vergrößere; man habe damals die Wirkungsmechanismen des Systems falsch eingeschätzt.

Wer das ändern will, kann das nur, indem er Transparenz schafft und den Menschen die Funktionsweise des Systems erklärt. Begonnen werden muss bei der Versicherungsterminologie. Für die Verwechslung von Solidarität mit Rendite ist sie die Grundursache. Dieser Unfug muss beendet werden. Die Vorstellung der durch Eigenleistung erworbenen, eigentumsähnlichen Ansprüche, ist ebenso weitverbreitet wie völlig falsch: Durch ihre Rentenbeiträge haben die Senioren nur ihre Schuld gegenüber der Generation ihrer Eltern getilgt, nicht mehr.

Die Umverteilung von unten nach oben führt zu verheerenden Asymmetrien in der Verteilung von Bedarf und Kaufkraft, schwächt damit die Massennachfrage und verschärft so letzten Endes die Massenarbeitslosigkeit. Anders als ihre Wortführer dies beabsichtigen, muss die Kritik daran aber keineswegs nur gegen die eklatanten Missbräuche gerichtet werden, sondern gegen das Rentensystem insgesamt: Können wir uns in einer Gesellschaft, in welcher die Massenverarmung so explodiert, Systeme mit derart asozialen Verteilungseffekten noch leisten?

Dass die gegenwärtige Debatte der Dimension der Probleme in keiner Weise gerecht wird, haben auch unsere verantwortlichen Politiker bereits zu erkennen gegeben, allerdings unter Ausschluss der Öffentlichkeit. So hat Minister Blüm in einem Beitrag in der Fachliteratur die Situation des Sozialstaats mit der eines Tankers im Packeis ohne Aussicht auf Rettung beschrieben; die Systeme auch nur über die Jahrhundertwende hinüberzubugsieren, käme einem politischen Meisterstück gleich. Ähnlich dramatisch sieht die Dinge wohl auch sein sozialdemokratisches Gegenüber, Rudolf Dressler: Vor zwei Jahren warf Dressler Kurt Biedenkopf vor, dieser lege mit seinen rentenkritischen Thesen die Lunte an die sozialen Sicherungssysteme. Worauf der

Angegriffene treffend und trocken erwiderte, damit bestätige Dressler nur, dass wir auf Pulverfässern säßen!

Der Autor ist Richter am Hessischen Landessozialgericht Darmstadt.

Quelle: Jürgen Borchert, „Junge Menschen ausbilden, nicht alte zum Sonnen nach Mallorca schicken“, *Süddeutsche Zeitung*, 13. Februar 1996.